

Sozialhilfe: Freie Einkünfte

§ 16 Absatz 1 SHV - Keine Anrechnung freier Einkünfte, wenn nur aufgrund derer Berücksichtigung die Bedürftigkeit begründet wird (E. 9).

Aus den Erwägungen:

7. In materieller Hinsicht ist zu prüfen, ob die Sozialhilfebehörde zu Recht das Unterstützungsgesuch des Beschwerdeführers abgelehnt hat. - Nach § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juni 2001 (SHG, SGS 850) über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe hat die Sozialhilfe die Aufgabe, persönlicher Hilfsbedürftigkeit vorzubeugen, deren Folgen zu lindern oder zu beheben sowie die Selbständigkeit und die Selbsthilfe zu erhalten und zu fördern. Notleidende Personen haben Anspruch auf unentgeltliche Beratung und auf materielle Unterstützung (§ 4 Absatz 1 SHG). Unterstützungen werden gewährt, wenn die zumutbare Selbsthilfe, die Leistungen der Unterhalts- und Unterstützungspflichtigen sowie die gesetzlichen, vertraglichen und sonstigen Leistungen Dritter nicht ausreichen oder nicht rechtzeitig erhältlich sind (§ 5 Absatz 1 SHG).

8. Die vorliegende Auflistung der Einnahmen und Ausgaben der Sozialhilfebehörde, die einen allfälligen Unterstützungsanspruch des Beschwerdeführers berechnet, weist Ausgaben in der Höhe von Fr. 4'147.40 (Grundbedarf Fr. 2'269.--; Mietkosten Fr. 1'100.--; Nebenkosten Fr. 110.--; KK-Prämie Fr. 668.40) und Einnahmen in der Höhe von Fr. 4'400.-- (Einkommen A.B. Fr. 3'300.--; Einkommen C.D. Fr. 1'100.--) auf. Diese Berechnung berücksichtigt die anrechenbaren Ausgaben und Einnahmen im Sinne des Sozialhilfegesetzes und ist entsprechend von der Sozialhilfebehörde korrekt vorgenommen worden.

9. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, was auch vom Beschwerdeführer hauptsächlich gerügt wird, ob die Sozialhilfebehörde bei der Berechnung, aufgrund der Erwerbstätigkeit des Beschwerdeführers und seiner Ehefrau, freie Einkünfte hätte berücksichtigen müssen. Dies ist im vorliegenden Fall zu verneinen. Wie die Sozialhilfebehörde in ihrem Einspracheentscheid richtig aufgeführt hat, besteht der Sinn und Zweck der freien Einkünfte darin, dass die hilfsbedürftige Person einen Anreiz erhält, seine Selbständigkeit zu fördern. Entsprechend steht der hilfsbedürftigen Person dieser zusätzliche Beitrag zur freien Verfügung zu. Die Aufgabe der Sozialhilfe besteht nicht darin, einer nicht hilfsbedürftigen Personen - wie im vorliegenden Fall dem Beschwerdeführer - einen Anreiz zum Erhalt seiner Selbständigkeit zu schaffen (§ 2 Absatz 1 SHG). Als freie Einkünfte gilt gemäss § 16 Absatz 1 Buchstabe a der Sozialhilfeverordnung vom 25. September 2001 (SHV, SGS 850.11) ein die Selbständigkeit und Selbsthilfe erhaltender und fördernder Anteil am Erwerbseinkommen. Eine Berücksichtigung freier Einkünfte würde entgegen § 16 Absatz 1 Buchstabe a SHV die Selbständigkeit offensichtlich unterbinden und die Sozialhilfeabhängigkeit fördern. Eine Anrechnung freier Einkünfte kann somit erst erfolgen, wenn eine tatsächliche Hilfsbedürftigkeit des Beschwerdeführers und seiner Familie vorliegt. Darüber hinaus kann den Ausführungen des Beschwerdeführers und der Sozialhilfebehörde, dass, sollte die Frau des Beschwerdeführers keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen, ein Anspruch auf Sozialhilfe vorliegen, nicht völlig zugestimmt werden. Der Beschwerdeführer hat schon unter den jetzigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen die Möglichkeit, nebst einer Krankenkassen-Prämienverbilligung für die Familie zu beantragen, ein Gesuch um Mietzinsbeiträge bei der Gemeinde zu stellen. Beide Leistungen

würden nach dem Subsidiaritätsprinzip (§ 5 SHG) der Sozialhilfe vorgehen. Die Beschwerde ist unbegründet und folglich abzuweisen.

(RRB Nr. 978 vom 26. Juni 2007)

